



Postulat Nr. 82 2012/2016

Eingang Stadtkanzlei: 14. Juni 2013

Bahnhofstrasse – wenn schon, dann richtig!

Die Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ verlangt eine wenn immer möglich autofreie Zone am linken Reussufer ab Bahnhofplatz bis Stadttheater. Diese Forderung geniesst voraussichtlich die breite Zustimmung der Bevölkerung und gelangt im Herbst 2013 zur Abstimmung. Der Stadtrat will mit dem B+A 7/2013 im Hinblick auf eine positive Entgegennahme des Anliegens erste Planungsschritte einleiten. Wir sind der Überzeugung, dass dann aber die Chance für einen richtigen Wurf genutzt werden soll.

Die angestrebte Befreiung der Bahnhofstrasse von Autos verlangt nach Lösungen punkto Zubringerdienst, Parkhaus-Zufahrten LUKB und Flora und vor allem Gestaltung des zu gewinnenden Raumes. Der Stadtrat will mit einem partizipativen Verfahren und einem Wettbewerb die zu gewinnende Fläche attraktiv, autofrei und sicher gestalten. Im B+A wird ein „angemessener“ Kostenrahmen anvisiert. Ein Grobkostenrahmen von 5 bis 6 Mio. Franken wird genannt. Darin enthalten sind jedoch nur eine „Neugestaltung der Belagsoberfläche von Bahnhofstrasse und Theaterplatz“.

Die städtische Verkehrssituation wird von weiten Teilen der Bevölkerung gemäss Umfrage zunehmend als unbefriedigend taxiert. Echte Lösungen sind bis dato leider auch nicht ansatzweise erkennbar. Die „Gesamtverkehrskonzeption Innenstadt“ wird dringend erwartet. Trotzdem verdient die attraktiv gelegene Bahnhofstrasse eine Chance, welche ihrem städtebaulichen Potenzial entspricht. Für die Bewohner und Besucher der Stadt Luzern sind die beiden Reussufer zusammen mit den Wahrzeichen Wasserturm und Kapellbrücke in ihrer Mitte von zentraler Bedeutung. Verlangt werden darf daher ein echter, nachhaltiger und guter Wurf, der einen erheblichen Mehrwert schafft. Luzern darf und soll sich mit anderen „Uferstädten“ im Ausland messen.

Für die Postulanten geht deshalb das vom Stadtrat anvisierte Ziel eindeutig zu wenig weit. Auf den ersten Blick verständlicherweise werden mit Blick auf die Finanzlage nur „kosmetische“ Lösungen anvisiert. Der Stadtrat verkennt damit aber die sich an dieser einmaligen Lage bietende Chance. Dieser Raum kann nicht bloss durch die Beseitigung von Autos und einer Minimal-Umgestaltung an der Oberfläche attraktiviert werden. Sonst ist er ein toter Platz. Den Postulanten schweben beispielsweise eine Umgestaltung bzw. Öffnung der Ufermauer,

die Errichtung von Bistros mit einer Möblierung unter Einbezug der Gebäudefronten sowie ein attraktiver Aussenraum mit hoher Aufenthaltsqualität vor. Ein solchermassen ausgedehntes Projekt wird um einiges teurer und verlangt nicht nur nach kreativen gestalterischen Vorschlägen, sondern insbesondere auch nach kreativen und nicht zuletzt ökonomisch abgestützten Konzepten. In dieser Hinsicht fehlen jedoch jegliche Aussagen im Bericht und Antrag. Der Tourismus und die Wirtschaft sind wahrscheinlich an solchen Modellen interessiert. Weiter müssen andere bereits angelaufene Bestrebungen einbezogen werden (z. B. Arbeitsgruppe „Beleuchtung Kappellbrücke“, Velotiefgarage des Kantons). Eine durch private Firmen mitgetragene und daher abzugeltende Nutzung (Miete, Baurecht, Konzession etc.) könnte auch für die Stadt finanziell attraktiv sein. Die Stadt besitzt an bester Lage Land, das in Zukunft einen hohen Ertrag abwerfen und damit die notwendigen Investitionen rentabel machen kann. In diese Überlegungen werden idealerweise die an der Bahnhofstrasse liegenden Liegenschaften bzw. die ansässigen Geschäfte einbezogen, um die heute wenig attraktive Front aufzuwerten.

Die Frage wird sich bei einem Projekt dereinst stellen, ob das Resultat der Umgestaltung die Kosten rechtfertigt und ob es einen angemessenen Ertrag abwirft. Wir rufen den Stadtrat daher auf, eine mutigere und nachhaltigere Konzeption mit privater Beteiligung bei der anstehenden Planung ins Auge zu fassen.

Der Stadtrat wird daher gebeten, im Rahmen der konkreten Ausarbeitung des B+A 7/2013

- eine umfassende Neugestaltung als Variante zur Ausarbeitung vorzubereiten und
- eine auf Miete, Baurecht o. ä. basierende Teilnutzung des öffentlichen Raumes in die Erwägungen mit einzubeziehen.

Daniel Wettstein und Rieska Dommann
namens der FDP-Fraktion